

## **Diakonie-Chefin leitet künftig AG Arbeit in Baden-Württemberg Annette Noller an der Spitze des verbandsübergreifenden Gremiums zur Arbeitsmarktpolitik**

**Stuttgart, 18. Februar 2022.** Der Verein Arbeitsgemeinschaft Arbeit in Baden-Württemberg e.V. (AG Arbeit) hat gestern, am 17. Februar 2022, seine neue Vorstandsvorsitzende Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, zugleich Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, gewählt. Besonders am Herzen liegt Noller als Vorstandsvorsitzender der AG Arbeit, langzeitarbeitslose Menschen und ihre persönlichen Bedarfe nicht aus dem Blick zu verlieren: „Die AG Arbeit steht für das Ermöglichen neuer Chancen und Perspektiven für Menschen ohne Arbeit in Baden-Württemberg. Deshalb ist es notwendig, dass das Land Träger, die sich für die Belange Betroffener einsetzen, als unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Infrastruktur anerkennt.“ Dies fördere auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die AG Arbeit fordert eine Struktursicherung für Beschäftigungsunternehmen durch das Land. Erhalt, Ausbau und Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur in diesem Bereich seien notwendig, um der Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt eine solide und zukunftsfähige Grundlage zu geben. Ohne soziale Beschäftigungsunternehmen blieben viele langzeitarbeitslose Menschen ohne Chancen auf Teilhabe an Arbeit, Qualifizierung und berufliche Integration. Es besteht ein enger Austausch mit der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.

Ziel der AG Arbeit ist die Förderung der Hilfe von besonders am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen. Die AG Arbeit bündelt als Dachverband die Interessen baden-württembergischer Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsunternehmen und Verbände, die sich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik engagieren. Durch soziale Betreuung, Qualifizierung und Beschäftigung werden Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Auch während des Pandemieverlaufs sorgen soziale Beschäftigungsträger für die Aufrechterhaltung ihrer Angebote und ihre dauerhafte Erreichbarkeit. „Durch das enorme Engagement unserer Träger sind Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung für Betroffene stets gewährleistet“, so Noller.

Durch die Corona-Pandemie ist der Unterstützungsbedarf von Menschen in prekären Lebenslagen enorm angestiegen. Mit aktuell knapp 78.000 langzeitarbeitslosen Menschen in Baden-Württemberg ist die Anzahl um ca. 50 Prozent höher als im Januar 2019. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit führt zu Armut und sozialer Ausgrenzung und bedeutet soziale Isolation mit massiven Folgeproblemen, auch für Kinder, die in dauerhaft prekären Verhältnissen aufwachsen, so die Mitglieder der AG Arbeit. Um einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit im Land vorzubeugen, brauche es stabile und passgenaue Angebote für die Zielgruppe.

Mitglieder der AG Arbeit sind mehrere Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (wie Diakonie, Caritas, Paritätischer und AWO in Baden-Württemberg) sowie knapp 40 freigemeinnützige und kommunale Beschäftigungsträger.

### **Das Diakonische Werk Württemberg**

Die Diakonie Württemberg ist die soziale Arbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und der Freikirchen. Das Diakonische Werk Württemberg mit Sitz in Stuttgart ist ein Dachverband für 1.400 Einrichtungen und Dienste mit fast 50.000 hauptamtlichen und 35.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie begleiten Kinder, Jugendliche und Familien, Menschen mit Behinderungen, alte und pflegebedürftige Menschen, Arbeitslose, Wohnungslose, Überschuldete und andere Arme, Suchtkranke, Migranten und Flüchtlinge sowie Mädchen und Frauen in Not. Täglich erreicht die württembergische Diakonie über 200.000 Menschen. Das Diakonische Werk Württemberg ist ebenfalls Landesstelle der Internationalen Diakonie, Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe und Hoffnung für Osteuropa.

Bundesweit sind rund 525.000 hauptamtlich Mitarbeitende und etwa 700.000 freiwillig Engagierte in der Diakonie aktiv. Der evangelische Wohlfahrtsverband betreut und unterstützt jährlich mehr als zehn Millionen Menschen in Deutschland.